

## Kinderrechte im Parlament – Rückschau auf die Herbstsession 2017

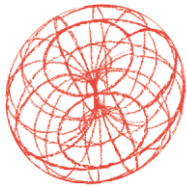
Im **Nationalrat** wurden in dieser Session verschiedene kinderrechtlich relevante Vorstösse behandelt. Dabei hat der Nationalrat unter anderem die parlamentarische Initiative Mazzone „[Stärkung der Demokratie. Politische Rechte ab 16 Jahren](#)“ abgelehnt, die forderte, dass die politischen Rechte Schweizerinnen und Schweizern bereits ab dem 16. Lebensjahr zustehen. Gleichzeitig hat der Nationalrat das [Postulat Masshardt](#) abgeschrieben, das den Bundesrat aufforderte, die politische Bildung insbesondere für Berufsschülerinnen und Berufsschüler zu stärken. Ebenfalls abgelehnt hat der Nationalrat ein Geschäft aus der Familienpolitik: Die Motion Bertschy „[Elternzeit von 14 Wochen für beide Elternteile bei beidseitiger Erwerbsarbeit](#)“ forderte die bestehende Mutterschaftsentschädigung durch eine Elternzeit zu ersetzen, welche sich aus der (bisherigen) Mutterschaftsentschädigung von 14 Wochen und einer Vaterschaftsentschädigung von maximal 14 Wochen zusammensetzt (Anspruch abhängig von einer Erwerbstätigkeit der Eltern). Eine Vielzahl weiterer Vorstösse betraf das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (vgl. ausführliche Rückschau unten).

Im **Ständerat** sind die Kinderrechte in zwei Vorstössen ein Thema: Einerseits hat der Ständerat die Motion der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats „[Ersatz des Status der vorläufigen Aufnahme](#)“ behandelt. Die Vorlage beauftragt den Bundesrat, einen Entwurf mit den nötigen Gesetzesänderungen vorzulegen, um den aktuell geltenden Status der vorläufigen Aufnahme durch einen Status zu ersetzen, der in seinen Eckpunkten den Vorschlägen der Variante 2 des Anhangs zum Bericht des Bundesrates vom 12. Oktober 2016 entspricht. Damit soll ein neuer Status der voraussichtlich länger dauernden Schutzgewährung geschaffen werden. Insbesondere für Minderjährige ist der Status der vorläufigen Aufnahme im Bildungs- und Ausbildungsbereich mit grossen Schwierigkeiten verbunden (z.B. bei der Lehrstellensuche). Der Ständerat schickt nun die Vorlage zurück in seine Kommission und beauftragt diese, zuerst Vertreter von Kantonen, Städten und Gemeinden anzuhören. Erst dann will er entscheiden, ob ein neuer Status geschaffen werden soll.

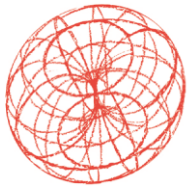
Weiter zu erwähnen ist die Umsetzung der Volksinitiative „[Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen](#)“. Dieses Tätigkeitsverbot muss durch eine Revision des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes konkretisiert werden. Die Botschaft zur Umsetzung der Pädophilen-Initiative sieht vor, dass verurteilte Pädophile künftig ausnahmslos nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen. Um dem zentralen rechtsstaatlichen Anliegen der Verhältnismässigkeit zu entsprechen, sind insbesondere für Fälle von sogenannten Jugendlieben Ausnahmen vom Tätigkeitsverbot möglich. Bei pädophilen Straftätern im Sinne der Psychiatrie sind allerdings weder Ausnahmen noch Überprüfungen möglich. Für sie muss das Gericht zwingend und immer ein lebenslängliches Tätigkeitsverbot anordnen. Der Ständerat stimmt dem Umsetzungsgesetz grundsätzlich zu, sprach sich doch in einigen Punkten für härtere Varianten aus.

Hinzu kommen in beiden Räten verschiedene Geschäfte und weitere Vorstösse, die ebenfalls kinderrechtliche Aspekte aufweisen (vgl. ausführliche Rückschau unten).

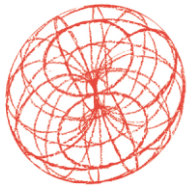
Die Debatten können in den Wortprotokollen des [Amtlichen Bulletins](#) nachgelesen werden.



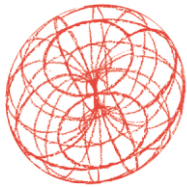
Datum	Nationalrat	Ständerat
11.09.2017	<p><b>16.444 (Parlamentarische Initiative Fraktion SVP): Der Familie den Vorrang geben.</b> Die Vorlage verlangt eine Änderung des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts dahingehend, dass das gesetzliche Vertretungsrecht und das Recht, als Beistand oder Beiständin eingesetzt zu werden, auf die Verwandten ersten Grades (Eltern, Kinder) und Verwandten zweiten Grades (Geschwister, Grosseltern, Enkel) ausgeweitet werden und dass das Vertretungsrecht in der Regel sowohl die umfassende Personen- und Vermögenssorge wie auch den uneingeschränkten Rechtsverkehr umfasst. Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates hat der Vorlage mit 8 zu 15 Stimmen keine Folge gegeben.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Nationalrat gibt der Vorlage mit 74 zu 113 Stimmen und drei Enthaltungen keine Folge, das Geschäft ist somit erledigt.</li></ul> <p><b>16.453 (Parlamentarische Initiative Bertschy): Elternzeit von 14 Wochen für beide Elternteile bei beidseitiger Erwerbstätigkeit.</b> Die Vorlage fordert eine Ergänzung der Erwerbersatzordnung so, dass die Mutterschaftsentschädigung durch eine Elternzeit ersetzt wird. Diese setzt sich zusammen aus der (bisherigen) Mutterschaftsentschädigung von 14 Wochen und einer Vaterschaftsentschädigung von maximal 14 Wochen. Der Anspruch auf Vaterschaftsentschädigung wird nur bei einer beidseitigen Erwerbstätigkeit der Eltern nach der Geburt des Kindes gewährt. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates gibt der Vorlage mit 13 zu 9 Stimmen keine Folge.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Nationalrat gibt der Vorlage mit 65 zu 124 Stimmen und einer Enthaltung keine Folge, das Geschäft ist somit erledigt.</li></ul>	<p><b>17.3619 (Interpellation Comte): Betreuung unbegleiteter Minderjähriger im Asylbereich.</b> Unbegleitete Minderjährige sind eine besonders verletzte Gruppe von Asylsuchenden, auf deren spezielle Bedürfnisse aufmerksam geachtet werden muss. Die Bundespauschale reicht nicht aus, um die effektiven Kosten zur Betreuung der Minderjährigen zu decken, was die Kantone in eine schwierige Lage bringt. Vor diesem Hintergrund stellt der Interpellant dem Bundesrat diverse Fragen:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Die Antwort des Bundesrats auf die Interpellation wurde im Ständerat kurz behandelt, der Interpellant ist teilweise befriedigt mit der Antwort. Das Geschäft ist erledigt.</li></ul> <p><b>17.3270 (Motion Staatspolitische Kommission NR): Ersatz des Status der vorläufigen Aufnahme</b> Der Bundesrat wird beauftragt, einen Entwurf mit den nötigen Gesetzesänderungen vorzulegen, um den aktuell geltenden Status der vorläufigen Aufnahme durch einen Status zu ersetzen, der in seinen Eckpunkten den Vorschlägen der Variante 2 des Anhangs zum Bericht des Bundesrates vom 12. Oktober 2016 entspricht. Damit soll ein neuer Status der voraussichtlich länger dauernden Schutzgewährung geschaffen werden. Insbesondere für Minderjährige ist der Status der vorläufigen Aufnahme im Bildungs- und Ausbildungsbereich mit grossen Schwierigkeiten verbunden (z.B. bei der Lehrstellensuche). Zur Ausarbeitung der Vorlage wird eine Expertenkommission eingesetzt, in der die Kantone, die Kommunalverbände und weitere betroffene Kreise vertreten sind. Der Nationalrat hat der Motion zugestimmt.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Ständerat hat den Entscheid verschoben. Er beauftragt seine Kommission, zuerst Vertreter von Kantonen, Städten und Gemeinden anzuhören. Erst dann will er entscheiden, ob ein neuer Status geschaffen werden soll für Personen, die kein Asyl erhalten, aber nicht ins Herkunftsland zurückgeschickt werden können. Dieser Entscheid fiel mit 32 zu 9 Stimmen bei 4 Enthaltungen.</li></ul>



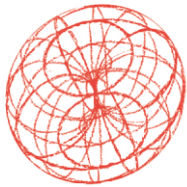
Datum	Nationalrat	Ständerat
12.09.2017	<p><b><u>17.429</u> (Parlamentarische Initiative Mazzone): Stärkung der Demokratie. Politische Rechte ab 16 Jahren.</b>            Die Vorlage verlangt eine Änderung der Bundesverfassung wie folgt:            Art. 136, Abs. 1            Die politischen Rechte in Bundessachen stehen allen Schweizerinnen und Schweizern zu, die das 16. Altersjahr zurückgelegt haben und die nicht wegen Geisteskrankheit oder Geisteschwäche entmündigt sind. Alle haben die gleichen politischen Rechte und Pflichten. Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates hat sich mit 15 zu 8 Stimmen gegen die Vorlage ausgesprochen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Der Nationalrat gibt der Vorlage mit 64 zu 118 Stimmen und 5 Enthaltungen keine Folge, das Geschäft ist somit erledigt.</li> </ul>	-
18.09.2017.	-	<p><b><u>16.048</u> (Geschäft des Bundesrates): StGB und MStGB. Umsetzung von Art. 123c BV</b>            Mit der Annahme der Volksinitiative „Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen“ wurde die Bundesverfassung mit dem neuen Artikel 123c. Dieses Tätigkeitsverbot muss durch eine Revision des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes konkretisiert werden. Die Botschaft zur Umsetzung der Pädophilen-Initiative sieht vor, dass verurteilte Pädophile künftig ausnahmslos nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen. Um einem zentralen rechtsstaatlichen Anliegen zu entsprechen, sind insbesondere für Fälle von sogenannten Jugendlieben Ausnahmen vom Tätigkeitsverbot möglich. Bei pädophilen Straftätern im Sinne der Psychiatrie sind allerdings weder Ausnahmen noch Überprüfungen möglich. Für sie muss das Gericht zwingend und immer ein lebenslängliches Tätigkeitsverbot anordnen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Der Ständerat stimmt dem Umsetzungsgesetz mit 26 zu 12 Stimmen zu bei 4 Enthaltungen. Entgegen dem Vorschlag des Bundesrats will der Ständerat, dass ein einmal verhängtes Verbot mit Kindern zu arbeiten, nicht mehr aufgehoben werden kann.</li> </ul>



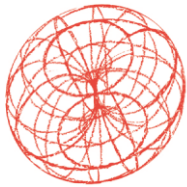
Datum	Nationalrat	Ständerat
20.09.2017	<p><b><u>16.3212</u> (Motion Wehrli): Kindesunterhalt. Änderung von Artikel 277 ZGB, um die Ungleichbehandlung von Eltern mit Kindern in Ausbildung und Eltern mit Kindern, die nicht in Ausbildung sind, zu beseitigen</b></p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, eine Änderung von Artikel 277 Absatz 2 des ZGB vorzuschlagen, sodass Eltern auch dann bis zur Vollendung des 25. Lebensjahrs ihres Kindes für seinen Unterhalt aufkommen müssen, wenn es mittellos ist. Diese Massnahme soll die Sozialhilfe für junge Menschen weniger attraktiv machen. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Nationalrat nimmt die Motion mit 118 zu 60 Stimmen und 7 Enthaltungen an. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.</li></ul> <p><b><u>16.3250</u> (Motion Ammann): Verpflichtender Unterhaltsvertrag bei nichtverheirateten Eltern.</b></p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, einen Vorschlag zur rechtlichen Regelung des Unterhaltsbeitrages für Kinder nicht miteinander verheirateter Eltern auszuarbeiten. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Nationalrat lehnt das Geschäft mit 66 zu 113 Stimmen bei 5 Enthaltungen ab. Das Geschäft ist erledigt.</li></ul> <p><b><u>16.415</u> (Parlamentarische Initiative SVP): Beschwerderecht für Gemeinden und Behörden.</b></p> <p>Die Vorlage fordert, dass in Artikel 450 ZGB das Beschwerderecht der Wohnsitzgemeinde der betroffenen Person oder einer anderen zuständigen, kommunalen Behörde festzuhalten ist. Zudem soll sichergestellt werden, dass der Grundsatz der aufschiebenden Wirkung der Beschwerde (Art. 450c ZGB) nicht ausgehöhlt wird. Die Rechtskommission des Nationalrats hat der Vorlage mit 9 zu 16 Stimmen keine Folge gegeben.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Nationalrat folgt seiner Kommission und gibt der Vorlage mit 71 zu 107 Stimmen und 2 Enthaltungen keine Folge. Das Geschäft ist somit erledigt.</li></ul>	-



Datum	Nationalrat	Ständerat
20.09.2017	<p><b><u>15.309</u> (Standesinitiative SH): Verankerung einer Beschwerdemöglichkeit des kostenpflichtigen Gemeinwesens gegenüber der Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen der KESB im ZGB.</b></p> <p>Der Bund wird mit der Vorlage aufgefordert, in Artikel 450 ZGB die Beschwerdebefugnis des kostenpflichtigen Gemeinwesens gegenüber Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen der Kesb zu verankern.</p> <p>Die Rechtskommission des Ständerats gab der Initiative Folge, diejenige des Nationalrats mit 9 zu 16 Stimmen gab keine Folge.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Nationalrat gibt der Initiative keine Folge. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.</li></ul> <p><b><u>16.3435</u> (Motion Fraktion SVM): KESB. Der Subsidiarität zum Durchbruch verhelfen.</b></p> <p>Die Motion beauftragt den Bundesrat, das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht so zu ändern, dass die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) die Unterstützung einer hilfsbedürftigen Person durch die Ehegatten, durch die eingetragene Partnerin oder durch den eingetragenen Partner, durch Familienmitglieder, andere nahestehende Personen oder private oder öffentliche Dienste nur nach den im Gesetz festgelegten Kriterien ablehnen darf. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung, der Nationalrat behandelt sie als Erstrat.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Wurde noch nicht im Parlament behandelt.</li></ul> <p><b><u>16.3475</u> (Motion Schwander): KESB. Anwalt der ersten Stunde.</b></p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht so zu ändern, dass den Betroffenen ein Recht auf einen Gratisanwalt eingeräumt wird. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion, der Nationalrat ist Erstrat.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Wurde noch nicht im Parlament behandelt.</li></ul>	

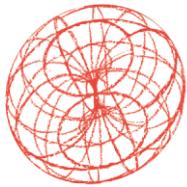


Datum	Nationalrat	Ständerat
20.09.2017	<p><b>16.3520 (Motion Quadranti): Massnahmen zur beruflichen Integration von jungen Flüchtlingen mit Bleibeperspektive.</b> Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, 1. die Finanzierung der Triage und der vorbereitenden Angebote zur Qualifizierung geflüchteter Jugendlicher und junger Erwachsener (anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene) für einen Sekundarstufe-II-Abschluss in Absprache mit den Kantonen zu regeln; 2. das Budget des Bundes für die Integrationsmassnahmen per Nachtragskredit 2016 und in den folgenden Jahren so zu erhöhen, dass die Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Bleibeperspektive von den Kantonen gezielt auf das Absolvieren eines Sekundarstufe-II-Abschlusses vorbereitet werden können; 3. das geplante Pilotprojekt "Flüchtlingsvorlehre" bereits 2017 und nicht erst 2018 zu starten. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion, der Nationalrat behandelt sie als Erstrat.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Wurde noch nicht im Parlament behandelt.</li></ul>	
21.09.2017	<p><b>17.3605 (Motion Gmür-Schönenberger): Aufhebung des Moratoriums für neue J+S Sportarten.</b> Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, die J+S-Rechtsgrundlagen so anzupassen, dass das seit 2009 geltende Moratorium für neue J+S-Sportarten aufgehoben werden kann. Für bisher unterstützte Sportarten, insbesondere Kleinstsportarten, soll grundsätzlich Besitzstandwahrung gelten. Die für die neuen Sportarten benötigten Mittel sollen haushaltsneutral dem Funktionskredit entnommen und in den Subventionskredit umgeschichtet werden. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Vorlage.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Nationalrat will das Moratorium aufheben (mit 133 zu 37 Stimmen bei 12 Enthaltungen). Der Bundesrat hatte das Moratorium 2009 aus finanziellen Gründen verhängt. Neu sollen Sportarten mit einer gewissen Grösse und etablierten Verbandsstrukturen "Jugend und Sport"-Subventionen profitieren können. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.</li></ul>	-



Datum	Nationalrat	Ständerat
28.09.2017	<p><b><u>15.4075</u> (Motion Piller Carrard): Einführung von Gesundheitshinweisen in der Lebensmittelwerbung.</b> Die Motion beauftragt den Bundesrat, eine Änderung der Gesetzgebung vorzulegen, mit der Gesundheitshinweise in der Lebensmittelwerbung eingeführt werden. Empirische Daten belegen, dass die Fernsehwerbung die Vorlieben von Kindern bei Lebensmitteln und ihr Verhalten beim Lebensmitteleinkauf und bei der Wahl der Lebensmittel beeinflusst (WHO 2010). Die hier verlangte Massnahme zum Schutz der öffentlichen Gesundheit bezweckt die Sensibilisierung der Öffentlichkeit und insbesondere den Schutz der Gesundheit der Kinder. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Nationalrat lehnt die Motion mit 52 zu 134 Stimmen ab. Das Geschäft ist somit erledigt. Der Bundesrat will auch weiterhin auf freiwillige Massnahmen setzen.</li></ul> <p><b><u>15.4229</u> (Motion Herzog): ADHS ist keine Krankheit! Die wirklichen Ursachen müssen angepackt werden.</b> Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, dafür zu sorgen, dass die wirklichen Ursachen, die sich hinter der Diagnose ADHS verbergen, angepackt werden. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Die Vorlage ist in dieser Session noch nicht behandelt worden.</li></ul>	-





Datum	Nationalrat	Ständerat
29.09.2017	<p><b><u>15.4023</u> (Postulat Masshardt): Politische Bildung ist im öffentlichen Interesse.</b></p> <p>Die Postulantin fordert den Bundesrat auf, zu prüfen, ob auch die politische Bildung als Leistung im öffentlichen Interesse festgelegt werden kann (gemäss Art. 64 Abs. 1 der Berufsbildungsverordnung). Die politische Bildung sollte allgemein gestärkt werden. Eine Studie von GfS Bern (2014, "Im Elternhaus angelegte, aber vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten vom Jungbürger zum Citoyen") zeigt, dass bei Berufsschülerinnen und Berufsschülern ein besonderer Förderbedarf besteht. Mit dem Berufsbildungsgesetz bestehen die Grundlagen, die für ein Aktivwerden nötig sind. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulats.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Das Geschäft wird abgeschrieben, da es seit mehr als zwei Jahren hängig ist.</li></ul> <p><b><u>16.2019</u> (Petition Jugendsession): Legalisierung der Eizellspende</b></p> <p>Mit der Petition wird eine gesetzliche Grundlage gefordert, welche die Legalisierung der Eizellspende zulässt. Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur beantragt mit 11 zu 8 Stimmen bei zwei Enthaltungen, der Petition keine Folge zu geben.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Nationalrat folgt der Kommission und spricht sich mit 90 zu 88 Stimmen bei 15 Enthaltungen gegen die Petition aus.</li></ul>	-